



Pet 3-19-11-828-009003

80687 München

Gesetzliche Unfallversicherung

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 12.12.2019 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Der Petent möchte erreichen, dass Großeltern, die ihre Enkelkinder betreuen, gesetzlich unfallversichert sind.

Zur Begründung führt der Petent im Wesentlichen aus, dass Großeltern, die auf ihre Kinder aufpassten, hierbei nicht versichert seien. Sie müssten daher zusätzliche Versicherungen abschließen. Er sehe sofortigen Handlungsbedarf.

Es handelt sich um eine Petition, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde und zur Diskussion bereitstand. Der Petition schlossen sich 67 Mitzeichnende an und es gingen 16 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Aus dem Gesamtzusammenhang sowie dem Hinweis des Petenten auf ein Urteil des Bundessozialgerichts ergibt sich, dass es dem Petenten um die Unfallversicherung von Kindern, die von ihren Großeltern betreut werden, gehen dürfte. Der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung umfasst Gesundheitsschäden der versicherten Person, so dass ein Unfall des Kindes während einer Betreuung nur bei Einbeziehung des Kindes in den Schutzbereich der Versicherung erfasst ist. Eine Einbeziehung der Großeltern würde



demgegenüber zu einem Versicherungsschutz für diese führen, wenn sie sich während der Betreuung verletzen.

Kinder sind während der Betreuung in der Kindertagesstätte oder Schule gesetzlich unfallversichert, nicht jedoch während der Betreuung durch Eltern oder Großeltern. Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung besteht für Kinder während des Besuchs von erlaubnispflichtigen Tageseinrichtungen sowie während der Betreuung durch geeignete Tagespflegepersonen im Sinne des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe). Ziel des Gesetzgebers war es dabei, auch schon die erste staatlich verantwortete Vorstufe zu einer späteren Berufstätigkeit gesetzlich zu versichern.

Die Betreuung in Tageseinrichtungen stellt gewisse Mindestanforderungen, die der Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb vorausgehen. Ebenso ist die Betreuung durch Tagespflegepersonen an bestimmte Erfordernisse geknüpft: Voraussetzung ist hier die Feststellung der besonderen Eignung dieser Person durch einen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also in aller Regel dem Jugendamt. Der Jugendhilfeträger übernimmt somit eine gewisse Gewähr hinsichtlich der Persönlichkeit, Sachkompetenz und der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Eine versicherte Betreuung im Sinne des Gesetzes besteht folglich nur dann, wenn das Betreuungsverhältnis unter Beteiligung des zuständigen Trägers der Jugendhilfe zustande kommt. Damit ist diese Art der Betreuung einer Betreuung in Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen gleichgestellt und steht ebenso unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Davon abzugrenzen ist die familiäre Kinderbetreuung, die regelmäßig dem privaten und damit unversicherten Lebensbereich zuzurechnen ist. Dies gilt in erster Linie für die Betreuung der Kinder durch ihre Eltern, aber auch bei der Betreuung durch sonstige enge Verwandte. Auch Enkelkinder, die durch ihre Großeltern betreut werden, sind daher nicht in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert.

Das Bundessozialgericht hat, wie vom Petenten erwähnt, in einem Urteil vom 19. Juni 2018 (Aktenzeichen: B 2 – U 2/17 R) diese Rechtslage bestätigt. Eine schriftliche Urteilsbegründung steht derzeit noch aus.



Der Petitionsausschuss schließt sich den Ausführungen des BMAS in seiner Stellungnahme vom 10. August 2018 an. Die gesetzliche Unfallversicherung dient der Absicherung im Falle von Unfall oder Krankheit im Berufsleben. Im privaten Bereich hingegen ist die Krankenversicherung heranzuziehen. Der Gesetzgeber hat den Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung großzügig bis auf die früheste Vorstufe einer späteren Berufstätigkeit ausgeweitet. Dies lässt sich sachlich mit den staatlichen Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten begründen, die sich aus der Genehmigungspflicht für den Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung oder für die Tätigkeit als Tagespflegeperson ableiten lassen. Im privaten Bereich hingegen besteht keine sachliche Rechtfertigung für eine Ausweitung des Schutzbereichs der gesetzlichen Unfallversicherung.

Soweit die Petition dahingehend ausgelegt werden kann, dass der Petent sich gegen Entscheidungen der Gerichtsbarkeit wendet, bleibt festzuhalten, dass es dem Deutschen Bundestag als Gesetzgeber wegen der Dreiteilung der Staatsgewalt und der Unabhängigkeit der Richter (Art. 20, 92, 97 Grundgesetz) nicht möglich ist, gerichtliche Entscheidungen zu überprüfen, aufzuheben oder abzuändern. Die Entscheidung in einem laufenden Rechtsstreit obliegt allein dem zuständigen Gericht. Ergangene richterliche Entscheidungen können nur mit den gesetzlich vorgesehenen Rechtsbehelfen angefochten werden, über die wiederum unabhängige Gerichte entscheiden. Der Petitionsausschuss vermag daher keinen Einfluss auf die letztinstanzliche Entscheidung des Bundessozialgerichts zu nehmen.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen hält der Petitionsausschuss die derzeitige Rechtslage für sachgerecht und kann die Forderung des Petenten daher nicht unterstützen.

Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, da dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.